



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	72
Haftung des Steuerberaters	73
– Anlageberatung	
– Mitverschulden	
– Schaden	
(BGH Ur.t.v. 14.2.1989 – XI ZR 14/88)	
Schaden	79
– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	
(BGH Ur.t.v. 26.1.1989 – IX ZR 81/88)	
Haftung des Steuerberaters	82
– Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG	
– Belehrungspflicht und Mandatsende	
– Anmerkung	
(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 16.2.1989 – 18 U 228/88)	
Kosten des Finanzgerichtsprozesses	87
– Kostenpflicht des Steuerberaters?	
– Handeln ohne Vollmacht	
– Anmerkung	
(IFG München Vorbescheid v. 4.8.1988 – VI 225/86 E)	
Auskunftsvertrag	89
– Werkvertrag	
– kurze Verjährung für Mangelfolgeschaden	
(LG Köln Ur.t.v. 16.2.1989 – 2 U 203/88)	
Haftung des Treuhänders	90
– Vertragsgemäße Bauwerkerstellung	
(LG Arnberg Ur.t.v. 6.1.1989 – 1 O 207/88)	
GI Hinweis	91

GI Leitsätze

Mandantengelder

Der Rechtsanwalt darf Geld, das er von seinem Auftraggeber zum Zwecke der Einzahlung der Gerichtsgebühr für das Verfahren im allgemeinen erhalten hat, ohne dessen Einwilligung auch dann nicht zur Tilgung eigener Gebührenforderungen verwenden, wenn er gleichzeitig beauftragt wird, einen Antrag auf Bewilligung von Prozeßkostenhilfe zu stellen.

(BGH Urf.v. 20.12.1988 – IX ZR 88/88)

Sozietät zwischen Anwaltsnotar und Rechtsbeistand?

Ein Anwaltsnotar darf sich mit einem Rechtsbeistand, der Mitglied der Rechtsanwaltskammer ist, nicht zu gemeinsamer Berufsausübung verbinden.

(BGH Beschl.v. 10.8.1987 – NotZ 4/87, NJW 1988, 208)

Bestellung zum Steuerberater und Arbeitnehmertätigkeit

Der Senat hält an seiner Rechtsprechung fest, daß eine Tätigkeit als Arbeitnehmer mit dem Beruf des Steuerberaters nur in den gesetzlich geregelten Ausnahmefällen vereinbar ist und es sich dabei um eine abschließende Aufzählung handelt.

(BFH Urf.v. 4.8.1987 – VII R 169/85, BStBl. 1987 II, 790)

Anm.: Es ging um die Arbeitnehmertätigkeit als Lektor in einem steuerrechtlichen Fachverlag.

Arbeitnehmer oder freier Mitarbeiter?

Treffen ein Steuerberater und eine gelernte Steuerfachgehilfin mit eigenem Buchhaltungs-Service eine Vereinbarung über eine gegenseitige Zusammenarbeit, nach der diese

- im Rahmen der Bürozeiten des Steuerberaters an Wochentagen ihrer eigenen Wahl Abschlüsse und Steuererklärungen für Mandanten des Steuerberaters fertigt,
- dem Steuerberater ihr Honorar nach Stundensätzen in Rechnung stellt,
- mit ihm einen gegenseitigen Mandantenschutz vereinbart,

so sprechen diese Umstände mehrheitlich für ein selbständiges Dienstverhältnis (§ 611 Abs. 1 BGB) und nicht für ein Arbeitsverhältnis.

(LAG Köln Urf.v. 23.3.1988 – 7 Sa 1378/87 – StB 1989, 45)

Anerkennung als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Die Eintragung in das „Amtliche Schuldnerverzeichnis“ begründet einen hinreichenden Verdacht des Vermögensverfalls und rechtfertigt daher den Widerruf der Anerkennung gemäß § 34 Abs. 2 WPO.

(VerwG München, Urf.v. 8.11.1988 – M 16 K 88, 1266 – MittBl. WPK Nr. 133/89)

Haftung des Steuerberaters

- Anlageberatung
- Mitverschulden
- Schaden

(BGH Urt. v. 14. 2. 1989 – XI ZR 14/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Art und Umfang der Pflichten des steuerlichen Beraters bestimmen sich nach den Umständen des Einzelfalles. Hier: wiederholte Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten, Betreuung von Steuersparprojekten, Verhandlung und Abschluß über Kapitalanlage im Büro des Steuerberaters etc.
2. Zum Verschulden des Steuerberaters, wenn er angeblich pflichtwidrig dem Mandanten vom Erwerb eines weiteren Kapitalanlageobjektes nicht abgeraten hat. Hier: Rentabilität des Mandantenbetriebes, Vermögens- und Liquiditätslage.
3. 1980 wurden Immobilien allgemein noch als wertbeständige Anlagegüter angesehen.
4. Voraussetzung des sekundären Schadenersatzanspruchs: Der Steuerberater muß bei der Mandatsfortsetzung begründeten Anlaß zur Prüfung gehabt haben, ob er durch einen Beratungsfehler dem Mandanten einen Schaden zugefügt hat.
5. Zum Mitverschulden des Mandanten: Bei fehlerhaften Entscheidungen im unternehmerischen Bereich des Mandanten muß geprüft werden, ob der Steuerberater bei Beurteilung der wirtschaftlichen Aspekte dem Mandanten gegenüber eine überlegene Sachkunde hatte.
Eine eigenverantwortliche Prüfung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit durch den Mandanten ist insbesondere dann notwendig, wenn der Steuerberater lediglich geraten hat, sich die Sache „gut zu überlegen“.
6. Der Schadenersatzanspruch wegen fehlerhafter Anlageberatung geht nur dann auf Erstattung aller Aufwendungen Zug um Zug gegen Übertragung des Anlageobjektes, wenn dieses für den Mandanten praktisch wertlos ist (BGHZ 100, 117 = NJW 1987, 1825 = WM 1987, 495).

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte war bis zum Jahre 1985 Steuerberater des Klägers. Der Kläger verlangt von ihm Schadenersatz mit der Begründung, er habe ihn vor dem Kauf eines Abschreibungsobjektes unzureichend beraten.

Im Jahre 1974 hatte der Kläger mit einem Partner einen Schreinerbetrieb gegründet. Seit 1977 ist er Alleininhaber. Die steuerliche Beratung und die Buchführung des Unternehmens hatte ab Mai 1974 eine Steuerberater-sozietät übernommen, der der Beklagte angehörte. Seit 1. 9. 1979 beriet er den Kläger allein. Die Bruttoeinkünfte des Klägers lagen in den Jahren 1979, 1981 und 1982 etwas über 100.000 DM jährlich, im Jahre 1983 etwas darunter. Im Jahre 1980 betrugen sie über 265.000 DM. Der Kläger suchte daher in diesem Jahr nach einer Möglichkeit, Steuer zu sparen. Er hatte bereits früher zwei Abschreibungsobjekte gekauft. Im Dezember 1980 entschloß sich der Kläger unter Mitwirkung des Beklagten zum Erwerb eines Grundstückes in K. Der Gesamtaufwand für dieses als Ersterwerbermodell gestaltete Objekt belief sich auf 727.610 DM zuzüglich eines Eigenanteils von 72.261 DM sowie Beratungs- und Vermittlungsgebühren in Höhe von 24.496,50 DM. Der Erwerb wurde durch Kredite der W-Bank finanziert. Die Aufwendungen für das Grundstück überstiegen die Einnahmen erheblich. Die Verluste summierten sich bis zum Jahr 1986 auf über 340.000 DM und steigen jährlich weiter an.

Der Kläger ist der Ansicht, daß ihm der Beklagte schadenersatzpflichtig sei. Der Beklagte habe ihn bei dem Erwerb beraten und dabei seine Pflichten verletzt. Da ihm die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Klägers bekannt gewesen seien, sei der Beklagte verpflichtet gewesen, ihm wegen der hohen auf ihn zukommenden Aufwendungen von dem Erwerb abzuraten. Wäre das geschehen, hätte er auf das Objekt verzichtet. Der Kläger verlangt nunmehr so gestellt zu werden, wie er stehen würde, wenn er das Objekt nicht erworben hätte. Er fordert die Zahlung der ihm bisher entstandenen Aufwendungen und die Freistellung von den zukünftigen Verpflichtungen Zug um Zug gegen die Übertragung des Eigentums an dem Objekt in K. auf den Beklagten.

Der Beklagte hat bestritten, dem Kläger zum Erwerb der Anlage geraten zu haben. Der Kläger sei aufgrund seiner beiden früheren Beteiligungen an Bauherrenmodellen bereits über die Besonderheiten von Steuersparmodellen informiert gewesen. Wegen des für das Jahr 1980 zu erwartenden Gewinns habe er an dem Erwerb eines weiteren Objekts Interesse gehabt. Die Tätigkeit des Beklagten habe sich nur auf die steuerliche Prüfung und Beratung beschränkt. Er sei nicht dafür verantwortlich, daß der Kläger die Belastungen aus dem Objekt nicht tragen könne. Die

Finanzierung liege im Risikobereich des Erwerbers. Insoweit habe ihn keine Beratungspflicht getroffen. Außerdem erhebe er die Einrede der Verjährung.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, das Oberlandesgericht hat ihr im wesentlichen stattgegeben. Mit der Revision erstrebt der Beklagte die Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils.

Aus den Gründen:

Das angefochtene Urteil kann keinen Bestand haben. Es hat zwar ohne Rechtsfehler eine Beratungspflicht des Beklagten auch in wirtschaftlicher Hinsicht angenommen, jedoch fehlen hinreichende Feststellungen zur Frage einer schuldhaften Verletzung dieser Pflicht.

Bei der Prüfung der vom Beklagten erhobenen Verjährungseinrede ist die neuere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes unberücksichtigt geblieben. Schließlich geht das Berufungsgericht auf die Frage eines Mitverschuldens des Klägers nicht ein, obwohl sich eine Prüfung aufdrängt.

1. Das Berufungsgericht sieht den Beklagten **als den umfassend beauftragten individuellen Berater des Klägers an, weil ihm neben der steuerlichen Beratung auch die Betreuung der vom Kläger vorher erworbenen beiden Steuersparobjekte anvertraut gewesen sei und er den Kläger auch darüber hinaus in wirtschaftlichen und rechtlichen Angelegenheiten wiederholt beraten habe**. Es stützt sich weiter auf die Tatsache, daß **die Verhandlungen** mit dem Anlagevermittler über den Erwerb des hier in Rede stehenden Anlageobjektes in Gegenwart des Beklagten **in dessen Büro stattfanden und dort auch der Auftrag unterzeichnet wurde**.

Wenn das Berufungsgericht unter Würdigung dervon ihm im einzelnen dargelegten Gesamtumstände zu der Auffassung gelangt ist, der Kläger habe – für den Beklagten erkennbar – davon ausgehen dürfen, daß der Beklagte nicht nur die steuerlichen Aspekte berücksichtigen, sondern auch seine wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht ziehen werde, so ist das aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden. Art und Umfang der Pflichten des steuerlichen Beraters bestimmen sich nach den jeweiligen Umständen des Einzelfalles (BGH Urt. v. 9.12.1981 – IVa ZR 42/81, WM 1982, 128 m.w.N. sowie v. 4.3.1987 – IVa ZR 222/85, GI 1987, 119 = WM 1987, 661, 662). Das Vorbringen der Revision erschöpft sich in diesem Punkt in unzulässigen Angriffen gegen die tatrichterliche Würdigung des Sachverhalts.

2. Das Berufungsgericht ist nach dem Ergebnis der von ihm durchgeführten Beweisaufnahme davon ausgegangen, daß der Beklagte dem Kläger bei den Verhandlungen nicht „besonders zugeraten“ hat. Es stützt sich dabei ersichtlich auf die Angaben des dazu als Zeugen vernommenen Anlagevermittlers, der bekundet hat, der Beklagte habe dem Kläger während der Verhandlungen gesagt, er solle es sich gut überlegen, er solle hinfahren und sich die Sache ansehen.

Das Berufungsgericht sieht deshalb eine Vertragsverletzung allein in der Tatsache, daß der Kläger dem Beklagten nicht vom Erwerb des Objektes abgeraten hat, obwohl der Erwerb des weiteren Abschreibungsobjektes über die bereits vorhandenen Anlagen hinaus „für den Betrieb ruinöse Folgen haben“ mußte, „falls nicht mit einer weiteren auf Dauer erkennbaren Steigerung der Betriebserträge und des Gewinns zu rechnen war“. Die Erwägungen, die dazu in dem angefochtenen Urteil angestellt werden, sind jedoch lückenhaft. Sie tragen für sich allein die Annahme einer schuldhaften Pflichtverletzung seitens des Beklagten noch nicht.

Mit Recht weist die Revision darauf hin, daß das Berufungsgericht für die Frage, ob die Liquiditätslage des Betriebes den Abzug des als Eigenkapital und für Beratungs- und Vermittlungsgebühren aufzubringenden Betrages von insgesamt 96.757,50 DM erlaubte, auf die Zahlen der Bilanz per 31.12.1980 abstellt, ohne zu prüfen, ob das Eigenkapital von 72.261 DM nicht – wie in der Klageschrift vorgetragen – noch im Jahre 1980 gezahlt wurde und deshalb in der Bilanz bereits berücksichtigt ist.

Die Vereinbarkeit einer derartigen Zahlung mit der Liquiditätslage des Betriebes hätte im übrigen zutreffend nur beurteilt werden können, wenn die durch die Aufwendungen zu erzielende Steuerersparnis berücksichtigt worden wäre. Auch die zu erwartenden Belastungen an Zinsen und Nebenkosten, die die Mieterträge jährlich um rund 20.000 DM übersteigen, besagen für sich allein nichts.

Auf die entscheidende Frage, ob der Betrieb des Klägers aus der Sicht vom Dezember 1980 die sich aus dem Erwerb des weiteren Objektes ergebenden zusätzlichen Belastungen voraussichtlich tragen konnte, ist das Berufungsgericht nur unzureichend eingegangen. Es wirft dem Beklagten lediglich vor, den Kläger nicht auf die „auf ihn zukommende Dauerbelastung aus Zinsen und Nebenkosten, die die Mieterträge um rund 20.000 DM jährlich überstiegen“, hingewiesen zu haben.

Ob derartige Belastungen „ruinös“ oder tragbar sind, läßt sich jedoch nur anhand der Ertragslage des Betriebes und der Zukunftserwartungen beurteilen. Das Berufungsgericht hätte deshalb im einzelnen darlegen müssen, welche Bedeutung dem ungewöhnlich guten Betriebsergebnis

des Jahres 1980, das den Anlaß für den Erwerb der weiteren Anlage bildete, für die Beurteilung der künftigen Ertragslage zukam. Es hätte in diesem Zusammenhang insbesondere die zwischen den Parteien streitige Frage klären müssen, ob dieses Betriebsergebnis durch die unterlassene Abschreibung einer uneinbringliche Forderung von rund 100.000 DM verfälscht war und deshalb keine Rückschlüsse auf zukünftige Gewinne in entsprechender Größenordnung zuließ.

Bei der Frage, ob der Beklagte seine Pflichten **schuldhaft** verletzt hat, durfte auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß **im Jahre 1980 Immobilien allgemein noch als wertbeständige Anlagegüter angesehen wurden**, die man notfalls ohne Verlust wieder veräußern konnte (vgl. BGH Urt.v. 4.3.1987 – IVa ZR 222/85, aaO). Es konnte deshalb aus **damaliger Sicht den Parteien möglicherweise wirtschaftlich nicht unvernünftig erscheinen, einen hohen Gewinn des Jahres 1980 steuerlich durch den Erwerb eines Abschreibungsobjekts zu neutralisieren und sich bei rückläufiger Ertragslage von einem der insgesamt drei Projekte zu trennen.**

3. Auch die Ausführungen des Berufungsgerichts zur Verjährung der Schadenersatzansprüche halten revisionsrechtlicher Nachprüfung nicht stand.
 - a) Das Berufungsgericht gelangt zu dem Ergebnis, daß sich der Beklagte nicht auf Verjährung berufen könne. Die dreijährige Verjährungsfrist nach § 68 StBerG habe zwar mit der fehlerhaften Beratung im Dezember 1980 begonnen. Auf den Ablauf der Frist könne sich der Beklagte jedoch nicht berufen, weil er es unterlassen habe, den Kläger über den Ablauf der Verjährungsfrist und das Bestehen einer Schadenersatzpflicht ihm gegenüber zu belehren. Da das Mandatsverhältnis erst im Laufe des Jahres beendet worden sei und der Kläger bereits im Dezember 1985 Klage erhoben habe, sei jedenfalls bis zu diesem Zeitpunkt die Verjährungsfrist nicht abgelaufen. Diese habe wegen der unterlassenen Belehrung frühestens im Dezember 1983 begonnen.
 - b) Diese Ausführungen sind nur teilweise zutreffend. Der im Dezember 1980 entstandene Primärhaftungsanspruch verjährt nach § 68 StBerG in drei Jahren, unabhängig davon, ob der Geschädigte Kenntnis von der Pflichtverletzung und seinem Schaden erlangt hat. Zum Ausgleich der kurzen Verjährungsfrist und zum Schutz der Interessen der Mandanten des Steuerberaters muß dieser jedoch, wenn ihm ein Fehler unterlaufen ist, hierauf und auf die Regreßmöglichkeit hinweisen. Erst ein Verstoß gegen diese Pflicht führt zum

Sekundäranspruch, der ebenfalls nach § 68 StBerG in drei Jahren verjährt (BGHZ 94, 380, 387 f = GI 32/85; 83, 17 f = GI 8/82 = ZiP 1982 m. Anm. Gräfe; BGH Urt. v. 1. 10. 1987 – IX ZR 202/86, GI 1988, 37 = WM 1988, 127, 128).

Der Sekundäranspruch setzt jedoch eine neue, schuldhaft Pflichtenverletzung voraus. Er kann nur entstehen, wenn diese zu einer Zeit begangen wurde, in der der Primäranspruch noch hätte durchgesetzt werden können, also insbesondere noch nicht verjährt war (BGHZ 94, 380, 387).

Hierzu enthält das angefochtene Urteil keine Feststellungen. **Nur wenn der Steuerberater bei der weiteren Ausübung der Tätigkeit für seinen Auftraggeber begründeten Anlaß zu der Prüfung hat, ob er seinem Klienten durch einen Beratungsfehler Schaden zugefügt hat,** kommt eine weitere, den Sekundäranspruch auslösende Pflichtverletzung in Betracht (vgl. BGHZ 94, 380, 386 m.w.N. = GI 32/85). Ob die weitere Wahrnehmung des Mandats dem Beklagten in der Folgezeit bis Dezember 1983 derartige Erkenntnisse vermittelte, läßt sich nur beantworten, wenn zuvor die Gründe, die ihn zum Abraten vom Erwerb des Objektes hätten veranlassen müssen, im einzelnen geklärt sind.

4. Sollte die erneute Prüfung ergeben, daß dem Kläger dem Grunde nach ein unverjährter Anspruch auf Schadenersatz zusteht, drängt sich die Frage eines **Mitverschuldens des Klägers** auf. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß der dem Beklagten zu machende Vorwurf allenfalls dahin geht, dem Kläger nicht abgeraten zu haben. Er stand dem Kläger, der eine Entscheidung in seinem eigenen unternehmerischen Bereich zu treffen hatte, **in der Beurteilung der wirtschaftlichen Aspekte nicht als ein mit überlegener Sachkunde ausgestatteter Fachmann gegenüber** (vgl. zu diesem Gesichtspunkt BGH, Urteile v. 12. 3. 1986 – IVa ZR 183/84, GI 1986, 73 = WM 1986, 675, 677 sowie v. 4. 3. 1987 – IVa ZR 222/85, GI 1987, 119 = WM 1987, 661, 663). Ein Verzicht auf die eigene Prüfung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Vertrauen auf die Autorität des Beklagten hätte hier vor allem dann weniger nahegelegen, wenn dieser dem Kläger lediglich geraten hätte, sich die Sache gut zu überlegen.

Bei der Abwägung des beiderseitigen Verschuldens wird auch zu berücksichtigen sein, daß die rückläufige Ertragslage des Betriebes schon recht bald eine Prüfung nahelegte, ob alle drei Abschreibungsobjekte weiterhin tragbar erschienen und größerer Schaden möglicherweise durch alsbaldige Veräußerung des einen oder anderen hätte vermieden werden können.

5. Die naheliegende Möglichkeit eines Mitverschuldens des Klägers läßt eine nähere Auseinandersetzung mit der grundsätzlichen Frage, unter welchen Voraussetzungen der Anleger **Schadenersatz in der Form der Erstattung sämtlicher Aufwendungen Zug um Zug gegen Übertragung des Anlageobjektes** auf den Anlageberater verlangen kann, entbehrlich erscheinen. **Der Bundesgerichtshof hat eine solche Schadenabwicklung auch bei der Beraterhaftung im Einzelfall unter dem Gesichtspunkt der Vorteilsausgleichung zugelassen, wenn die Anlage praktisch wertlos war** (vgl. BGHZ 100, 117 = NJW 1987, 1825 = WM 1987, 495 = DB 1987, 980 = BB 1987, 850 = ZIP 1987, 500 = EWiR § 676 BGB 2/87, Nieholt = Wu § I G. 4 Anlageberatung 5.87 Assmann). Diese Rechtsprechung darf jedoch nicht dahin mißverstanden werden, daß zur Vereinfachung der Schadenberechnung in jedem Fall bei fehlerhafter Anlageberatung durch eine derartige Zug-um-Zug-Verurteilung das volle Anlegerisiko auf den Berater verlagert werden dürfte.

Schaden

- unrechtmäßiger Vermögensvorteil
(BGH Urt. v. 26.1.1989 – IX ZR 81/88)

Wenn durch das Versehen eines Rentenberaters offenbar wird, daß der Kläger eine Erwerbsunfähigkeitsrente teilweise zu Unrecht bezogen hat, und wenn daraufhin die Rentenbehörde die Rente von zukünftigen Rentenanpassungen ausnimmt, stellt der hierdurch in den Vermögensverhältnissen des Klägers eingetretene Nachteil keinen Schaden im Rechtssinne dar.

Aus den Gründen:

Ob im vorliegenden Fall der vom Kläger begehrte Ersatz von dem Schutzzweck des zwischen den Parteien geschlossenen Vertrages erfaßt wird, braucht nicht entschieden zu werden (zu Amtshaftungsansprüchen vgl. BGH Urt. v. 4. 6. 1981 – III ZR 51/80, NJW 1981, 2345 ff; BGHZ 97, 184 ff). Denn ein Schadenersatzanspruch des Klägers ist jedenfalls deshalb zu verneinen, weil der teilweise Verlust der Erwerbsunfähigkeitsrente bei wertender Betrachtung **nicht als Schaden im Rechtssinne** angesehen werden kann.

Der Bundesgerichtshof hat wiederholt entschieden, daß der Verlust einer tatsächlichen oder rechtlichen Position, auf die der Geschädigte nach der Rechtsordnung keinen Anspruch hat, keinen ersatzfähigen Schaden darstellt. So ist **ein tatsächlich zu erwartender Gewinn dann nicht ersatzfähig, wenn er nur durch Verletzung eines gesetzlichen Verbots hätte erzielt werden können** (BGHZ 67, 119, 121; 75, 366, 368; 79, 223, 231; BGH Ur. v. 28.1.1986 – VI ZR 151/84, NJW 1986, 1486, 1487). Der Geschädigte soll im Wege des Schadenersatzes nicht einen Gewinn erhalten, den andere gesetzliche Vorschriften gerade verhindern wollen.

Wenn im Schadenersatzprozeß die Frage, ob dem Kläger aus dem Verstoß des Beklagten gegen seine Pflichten als Rechtsanwalt oder als Konkursverwalter ein Schaden entstanden ist, davon abhängt, wie die Entscheidung eines Gerichts ausgefallen wäre, so ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht darauf abzustellen, wie das Gericht tatsächlich entschieden haben würde, sondern darauf, wie es nach Ansicht des über den Schadenersatzanspruch erkennenden Gerichts richtigerweise hätte befinden müssen (BGHZ 72, 328, 330; BGH Ur. v. 20.11.1984 – IX ZR 9/84, WM 1985, 203, 204; Ur. v. 26.3.1985 – VI ZR 245/83, GI 22/85 = NJW 1985, 2482, 2483 jeweils m.w.N.).

Dem liegt ebenfalls der Gedanke zugrunde, daß dem Kläger im Wege des Schadenersatzes nicht mehr zugesprochen werden darf als das, worauf er rechtmäßig Anspruch hat (BGH aaO). Ebenso kann bei wertender Betrachtung der durch Anwaltsverschulden verursachte Verlust eines Rechtsstreits nicht als Schaden im Rechtssinne angesehen werden, wenn sich im Anwaltshaftungsprozeß herausstellt, daß die unterlegene Partei den Vorprozeß materiellrechtlich zu Recht verloren hat (Senatsur. v. 2.7.1987 – IX ZR 94/86, GI 1988, 44 = NJW 1987, 3255, 3256).

Bei Beachtung dieser Grundsätze stellt der vom Kläger erlittene teilweise Verlust seiner Erwerbsunfähigkeitsrente keinen Schaden im Rechtssinne dar.

Da der Kläger wegen der Beitragszeiten in den Jahren 1956 bis 1958 die Voraussetzungen für eine Zurechnungszeit gemäß § 37 AVG nicht erfüllte, stand ihm von vornherein nur die im Jahre 1972 errechnete geringere Erwerbsunfähigkeitsrente zu. Der Rentenbescheid vom 2.1.1967 war objektiv unrichtig. Dieser Bescheid stellte auch nicht etwa seinerseits eine ausreichende Rechtsgrundlage für die höhere an den Kläger gezahlte Rente dar. Denn der Bescheid konnte auch nachträglich zuungunsten des Klägers abgeändert werden.

Bis 1980 galt insoweit noch § 1744 RVO a. F., der am 1.1.1981 durch § 45 SGB X ersetzt worden ist (Art. II § 40 Abs. 1 und 2 SGBX). Nach § 1744 Abs. 1 Nr. 6

RVO a. F. konnte gegenüber einem bindenden Verwaltungsakt eine neue Prüfung vorgenommen werden, wenn ein Beteiligter nachträglich eine Urkunde, die einen ihm günstigeren Verwaltungsakt herbeigeführt haben würde, auffindet oder zu benutzen instand gesetzt wird. Das gilt im übrigen auch nach § 45 Abs. 3 S. 2 SGB X in Verb. mit § 580 Nr. 7b ZPO. Sobald der BfA die Unterlagen über die früheren Versicherungszeiten des Klägers bekannt wurden, konnte sie somit eine Neufestsetzung der Rente vornehmen.

Dies durfte der Kläger auch nicht dadurch verhindern, daß er der BfA diese Unterlagen vorenthielt. Denn entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts war er verpflichtet, die nachträglich aufgefundenen Urkunden der BfA mitzuteilen. Die **Mitwirkungspflicht des Leistungsempfängers** ist seit dem 1.1.1976 in § 60 SGB I normiert. Nach § 60 Abs. 1 Nr. 1 SGB I hat derjenige, der Sozialleistungen beantragt oder erhält, alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind. Diese seit 1.1.1976 gesetzlich umschriebene Mitwirkungspflicht des Leistungsempfängers galt auch schon vorher (BSGE 34, 124, 127; 45, 119, 121; Brackmann, Handbuch der Sozialversicherung Bd. I/1 S. 80 c; Burdinski/von Maydell/Schellhorn, Gemeinschaftskommentar zum SGB-AT 2. Aufl. § 60 Rdnr. 5, 6). Sie wurde als ungeschriebene Nebenpflicht aus dem Versicherungsverhältnis abgeleitet. Dazu gehörte die Mitteilung und Anzeige aller für die ordnungsgemäße Abwicklung der Versicherung notwendigen Umstände, insbesondere soweit sie dazu dienen, die Interessen des Versicherungsträgers und damit der Versichertengemeinschaft zu wahren (BSG aaO).

Aufgrund dieser Mitwirkungspflicht war der Kläger gehalten, die später von ihm aufgefundenen Unterlagen über frühere Beitragszeiten der BfA zugänglich zu machen. Diese Verpflichtung bestand im Interesse der Versichertengemeinschaft gerade auch dann, wenn der Kläger damit rechnete, daß seine Mitteilung zu einer Verringerung seiner Rente führen könnte. Ob die Mitwirkungspflicht rechtsdogmatisch als Rechtspflicht oder als Obliegenheit einzuordnen ist, spielt dabei keine Rolle.

Indem der Beklagte die früheren Versicherungszeiten eigenmächtig, ohne den Kläger zu fragen, der BfA mitgeteilt hat, hat er somit keine rechtlich geschützte Position des Klägers verletzt. Der hierdurch in den Vermögensverhältnissen des Klägers eingetretene Nachteil stellt keinen Schaden im Rechtssinne dar.

Haftung des Steuerberaters

- Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG
 - Belehrungspflicht und Mandatsende
 - Anmerkung
- (OLG Düsseldorf Urf. v. 16. 2. 1989 – 18 U 228/88, rkr.)

Leitsatz:

Die Verjährung des sekundären Schadenersatzanspruchs gegen den Steuerberater wegen Verletzung der Pflicht zum Hinweis auf seine Fehler sowie auf die Geltendmachung von Ansprüchen gegen sich selbst beginnt in aller Regel mit der Beendigung des Mandats.

Leitsätze (d. Verf.):

1. Bei Schadenersatzansprüchen wegen einer vermeidbaren Steuerbelastung beginnt die Verjährungsfrist mit der Schlußbesprechung über das Ergebnis der Betriebsprüfung.
2. Nach einer Betriebsprüfung gibt es in der Regel keinen hinreichenden Anlaß für den Steuerberater, bis zur Beendigung des Mandatsverhältnisses Steuertatbestände aus dem Zeitraum der Betriebsprüfung einer weiteren Prüfung zu unterziehen.
3. Hat ein schädigendes Ereignis weitere Schäden ohne erneutes Zutun des Steuerberaters zur Folge, sind die Schadenfolgen als einheitliches Ganzes aufzufassen.

Aus den Gründen:

Mit Recht stellt das Landgericht darauf ab, daß für die Entstehung eines Schadenersatzanspruchs, nach der sich gemäß § 68 StBerG wie gemäß § 198 BGB der Lauf der Verjährungsfrist richtet, maßgebend ist, wann ein Schaden eingetreten ist. Entscheidend ist, inwieweit der Berechtigte in der Lage gewesen wäre, seinen Anspruch gerichtlich geltend zu machen, wobei regelmäßig die Möglichkeit genügt, Feststellungsklage zu erheben (BGH NJW 1979, 1550 m.w.N.).

Bei Schadenersatzansprüchen gegen einen Steuerberater wegen Fehlern, die sich in einer Steuermehrbelastung niederschlagen, beginnt die Verjährungsfrist mit der Schlußbesprechung über das Ergebnis der Betriebsprüfung (BGH aaO).

Zu diesem Zeitpunkt wirkt sich die mangelhafte Arbeit des Steuerberaters für den Mandanten nachteilig aus und belastet ihn fühlbar. Von da an hat er ein schutzwürdiges Interesse daran, gegen den Steuerberater Rückgriff zu nehmen. Bis zum Abschluß der Prüfung ist es immer noch möglich, daß die Steuermehrbelastung gänzlich vermieden oder herabgesetzt wird.

Ob als Ergebnis einer solchen Prüfung die Steuerbelastung endgültig heraufgesetzt oder aber endgültig herabgesetzt wird, ist für die Frage der Endgültigkeit des Schadens gleichgültig: In beiden Fällen ergibt sich erst aus der endgültigen Festsetzung der Steuerbelastung aufgrund der Prüfung, daß und welche Fehler des Steuerberaters zur vermeidbaren Steuermehrbelastung geführt haben (BGH GI 1986, 27 = EWiR 1986, 297 [Gräfe] = NJW 1986, 1162 [1163]).

Da die Schlußbesprechung am 15.10.1982 stattgefunden hat, war die 3-jährige Verjährungsfrist weit vor Einreichung der Klage am 16.12.1987 abgelaufen.

Unerheblich für den Beginn des Laufs der Verjährungsfrist ist, daß den aufgrund des Ergebnisses der Schlußbesprechung ergangenen Einkommensteuerbescheiden vom 27.6.1983 auf den Einspruch der Kläger am 21.8. und 17.9.1985 neue Steuerbescheide folgten, in denen, was die hier fraglichen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung betrifft, die ursprünglichen Bescheide betragsmäßig wiederhergestellt wurden.

Auch wenn die nachteiligen Folgen der Schlußbesprechung späterhin wieder aufgehoben wurden, wirkt sich hinsichtlich der weiterhin nach Ansicht der Kläger anrechenbaren Aufwendungen auf das Haus C. die Schlußbesprechung in der Weise für die Kläger nachteilig aus, daß diese Aufwendungen keine Anerkennung fanden und infolge dessen zu einer Steuermehrbelastung führten. Damit hatten die Kläger von da an **ein schutzwertes Interesse**, gegen den Beklagten im Wege der Feststellungsklage vorzugehen, womit, wie ausgeführt, der Lauf der Verjährungsfrist begann.

Das Landgericht hat weiter ausgeführt, der Beklagte sei verpflichtet gewesen, bei hinreichendem Anlaß seine Steuererklärungen zu überprüfen und bei etwaigen Fehlern eine Änderung oder Berichtigung herbeizuführen mit der Folge, daß der Schadenersatzanspruch der Kläger solange immer wieder neu entstanden sei, als bis zur Beendigung des Steuerberatervertrages eine Berichtigung der Besteuerungsgrundlagen noch möglich gewesen sei.

Diese Ausführungen sind zwar grundsätzlich nicht zu beanstanden (siehe auch BGH NJW 1982, 1532), jedoch erscheint zweifelhaft, ob hiernach im vorliegenden Fall der Beginn des Laufs der Verjährungsfrist über den Tag

der Schlußbesprechung hinaus auf den Zeitpunkt des Zugangs des Kündigungsschreibens der Kläger am 29.3.1983, mit dem das Vertragsverhältnis der Parteien beendet wurde, hinauszuschieben ist.

Denn nachdem im vorliegenden Fall die Einkünfte der Kläger aus Vermietung und Verpachtung – bei deren Erklärung nach der Behauptung der Kläger der den Ersatzanspruch auslösende Fehler des Beklagten unterlaufen ist – Gegenstand der Schlußbesprechung waren, ist **nicht ersichtlich, welcher hinreichende Anlaß** für den Beklagten in dem Zeitraum bis zur Beendigung des Mandatsverhältnisses vorliegen könnte, eine weitere Überprüfung vorzunehmen.

Diese Frage kann jedoch dahinstehen, weil selbst, wenn man für den Beginn des Laufs der Verjährung auf den 29.3.1983 abstellt, die Erhebung der Klage am 16.12.1987 nicht mehr innerhalb der Verjährungsfrist liegt.

Nicht zu beanstanden ist auch die Feststellung des Landgerichts, daß die Kläger der Einrede der Verjährung nicht einen sekundären Schadenersatzanspruch entgegenhalten können. Ein solcher sekundärer Schadenersatzanspruch ist daraus herzuleiten, daß der Steuerberater in gleicher Weise wie ein Rechtsanwalt verpflichtet ist, seinen Mandanten über von ihm begangene Fehler, den sich hieraus möglicherweise ergebenden primären Schadenersatzanspruch und dessen Verjährung zu belehren (BGH GI 2/82 = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfe NJW 1982, 1285).

Der steuerliche Berater, der schuldhaft diese Pflicht verletzt, macht sich erneut schadenersatzpflichtig, weshalb er den Mandanten gemäß § 249 BGB so zu stellen hat, wie er stehen würde, wenn er richtig belehrt worden wäre. Da in der Regel davon auszugehen ist, daß die Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs auf dieser Pflichtverletzung beruht, kann der sekundäre Schadenersatzanspruch der Verjährung als Gegen einwand entgegengesetzt werden (BGH aaO).

Dieser sekundäre Schadenersatzanspruch der Kläger ist jedoch ebenso verjährt wie der primäre Schadenersatzanspruch.

Zutreffend geht das Landgericht davon aus, daß dies nicht bereits aus § 68 StBerG folgt. Die Frist für die Verjährung des Sekundäranspruchs beginnt grundsätzlich mit dem Eintritt der Verjährung des Primäranspruchs. Zu diesem Zeitpunkt entsteht infolge der gebotenen, aber unterlassenen Belehrung der Schaden, worauf § 68 StBerG für den Beginn der Verjährung abstellt.

Hiernach hätte der Lauf der Verjährungsfrist für den Sekundäranspruch erst am 15.10.1985 begonnen, womit die Erhebung der Klage am 16.12.1987 die Verjährung hätte gemäß § 209 BGB unterbrechen können.

Die Belehrungspflicht des Beklagten dauerte jedoch nur bis zur Beendigung des Mandatsverhältnisses (Senatsurteil, Der Steuerberater 1985, 14 [31]). Voraussetzung für die Entstehung des Sekundäranspruchs ist nämlich, daß eine neue, schuldhafte Pflichtverletzung des Steuerberaters vorliegt.

Der Steuerberater muß nach Entstehen des Primäranspruchs Anlaß gehabt haben, eine durch seine Pflichtwidrigkeit verursachte Schädigung des Mandanten zu erkennen und diesem die Durchsetzbarkeit des Regreßanspruchs durch entsprechende Hinweise und Belehrungen zu ermöglichen, dies aber schuldhaft unterlassen hat.

Dafür, daß ein solcher Anlaß zur Prüfung der Frage der Pflichtverletzung nach der Beendigung des Mandatsverhältnisses durch die Kündigung des Klägers vom 29.3.1983 vorgelegen hätte, besteht im vorliegenden Fall kein Anhaltspunkt. Dies entspricht auch dem Regelfall, weil der Steuerberater nach Beendigung des Mandats nicht mehr mit den Angelegenheiten des Mandanten befaßt ist.

Damit begann der Lauf der Verjährungsfrist für den sekundären Schadenersatzanspruch spätestens am 29.3.1983, womit die Erhebung der Klage am 16.12.1987 nicht mehr unterbrechend wirken konnte.

In Anbetracht dessen kommt es nicht mehr darauf an, ob der vom Landgericht geäußerten Ansicht gefolgt werden kann, die Belehrungspflicht eines Steuerberaters gegen sich selbst entfalle schon dann, wenn sein Mandant, wie hier, in der Folgezeit nicht durch einen Rechtsanwalt, sondern lediglich durch einen anderen Steuerberater vertreten wird.

Zweifel hieran bestehen im vorliegenden Fall bereits aufgrund dessen, daß es an tatsächlichen Anhaltspunkten dafür fehlt, ob von den nachfolgenden Steuerberatern überhaupt eine Belehrung über den drohenden Ablauf der Verjährungsfrist des Primäranspruchs erfolgt ist.

Im Ergebnis zutreffend hat das Landgericht auch die Ansprüche der Kläger als verjährt angesehen, durch die Ersatz der Gebühren der Steuerberater geltend gemacht wird.

In Fällen nämlich, in denen ein abgeschlossenes schädigendes Ereignis in Frage steht, welches weitere Schäden ohne erneutes Zutun des Schädigers hervorbringt, sind **die schädigenden Folgen als einheitliches Ganzes aufzufassen**. Für den Anspruch auf Ersatz des Schadens gilt eine einheitliche Verjährungsfrist, soweit schon bei Auftreten des ersten

Schadens die später eingetretenen Schäden voraussehbar und deshalb durch eine Feststellungsklage geltend zu machen sind (RGZ 106, 283 [285]; BGHZ 50, 21 [23/24] m.w.N.).

Im vorliegenden Fall entstand, wie aufgeführt, der nach Ansicht der Kläger auf der mangelhaften Arbeit des Beklagten beruhende Schaden der Steuermehrbelastung mit der Schlußbesprechung über das Ergebnis der Betriebsprüfung am 15.10.1982.

Alle weiteren hierdurch verursachten Nachteile – die Kosten für die Prüfung und Beratung anlässlich der Betriebsprüfung bezüglich der auf das Haus C. geleisteten Aufwendungen sowie für die Vertretung in den Rechtsbehelfsverfahren und vor dem Finanzgericht – traten ohne weiteres Zutun des Beklagten ein, so daß diese Schäden ein einheitliches Ganzes mit dem Schaden der Steuermehrbelastung bilden. Dabei war bereits zum Zeitpunkt der Schlußbesprechung vorhersehbar, daß Kosten für eine Überprüfung der Arbeit des Beklagten hinsichtlich der Aufwendungen für das Haus nebst entsprechender Beratung entstehen würden, ebenso wie dies für die Vertretung in den Rechtsbehelfsverfahren und den Verfahren vor dem Finanzgericht gilt. Alle diese weiteren Schäden hätten daher von den Klägern bereits zum Zeitpunkt der Schlußbesprechung im Wege einer Feststellungsklage geltend gemacht werden können.

Der Lauf der Verjährungsfrist begann somit für diese Schadenersatzansprüche einheitlich am 15.10.1982 ohne Rücksicht darauf, zu welchem Zeitpunkt die nachfolgenden einzelnen Vermögensnachteile entstanden sind.

Anmerkung:

Die Entscheidung des OLG Düsseldorf führt die geänderte Rechtsprechung des IVa-Senates aus dem Ur. v. 27.11.1985 – IVa ZR 97/84 – fort (DSfR 1986, 200 = GI 1986, 27).

Die Kritik an der Entscheidung und die abweichende Rechtsprechung wird vom OLG Düsseldorf leider nicht aufgegriffen (OLG Celle GI 1988, 134 – EWiR § 68 StBerG 1/86, 297 (Gräfel); Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Auflage 1988 Tz 897).

Es ist nicht richtig, daß sich erst im Zeitpunkt der Schlußbesprechung einer Betriebsprüfung eine vermeidbare Steuerbelastung nachteilig auswirkt.

Eine Vermögensgefährdung – dies genügt für den Verjährungsbeginn von Schadenersatzansprüchen – ist für den Mandanten bereits dann eingetreten, wenn er aufgrund des Fehlers des Steuerberaters durch eine zu hohe Steuerfestsetzung belastet wird. „Fühlbar“ – ein neues Abgrenzungskriterium? – wird die vermeidbare Vermögensbelastung spätestens durch Zahlung der festgesetzten Steuer.

Kosten des Finanzgerichtsprozesses

- Kostenpflicht des Steuerberaters?
 - Handeln ohne Vollmacht
 - Anmerkung
- (FG München Vorbescheid v. 4.8.1988 – VI 225/86 E, nicht rkr.)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Dem Finanzgericht ist eine schriftliche Prozeßvollmacht mit der Klageschrift innerhalb einer vom Gericht zu bestimmenden Frist vorzulegen. Wird die Vollmacht nicht vorgelegt, ist die Klage ohne Sachprüfung als unzulässig abzuweisen.
2. Die Kosten der Klage sind dem vollmachtlosen Vertreter aufzuerlegen, der die Veranlassung zu der erfolglosen Prozeßführung gegeben hat.

Zum Sachverhalt:

Mit Schriftsatz vom 21.11.1986 erhob der Steuerberater im Namen des Klägers eine Klage beim Finanzgericht und beantragte gleichzeitig das Verfahren für ein Jahr ruhenzulassen, da er seinen Mandanten wegen eines längeren Auslandsaufenthaltes nicht erreichen könne. Das beklagte Amt widersprach diesem Antrag.

Das Finanzgericht gewährte zur Vorlage der Klagebegründung und der Prozeßvollmacht Frist bis zum 31.12.1987. Nach fruchtlosem Ablauf der gewährten Frist setzte der vom Vorsitzenden des Senats bestimmte Richter gemäß Artikel 3 §1 des Gesetzes zur Entlastung der Gerichte in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit zur Vorlage der Prozeßvollmacht eine Frist mit ausschließender Wirkung bis 25.4.1988. Mit Schreiben vom 29.2.1988 erklärte der Steuerberater, daß er das Mandat niederlege und teilte mit Schreiben vom 21.3.1988 auf Anfrage des Gerichts ergänzend mit, daß er nicht beabsichtigt habe, die Klage zurückzunehmen.

Aus den Gründen:

Der Senat konnte das **Ruhen des Verfahrens** schon deshalb nicht anordnen, weil dies nicht von beiden Beteiligten beantragt worden ist (§155 FGO 1. V.m. §251 Abs. 1 Satz 1 Zivilprozeßordnung – ZPO –). Im übrigen hat es über die Dauer der beantragten Verfahrensruhe Fristverlängerung für die Verfahrenshandlungen gewährt, derentwegen das Ruhen des Verfahrens beantragt worden war.

Die Klage ist nicht zulässig.

Im Verfahren vor den Finanzgerichten können sich die Beteiligten durch Bevollmächtigte vertreten lassen (§62 Abs. 1 FGO). Die hierzu nötige **schriftliche Prozeßvollmacht ist Prozeßhandlungsvoraussetzung**. Sie muß das anhängige Verfahren betreffen und ist dem Gericht mit der Klageschrift im Original (Urteil des Bundesfinanzhofs – BFH – vom 18.2.1987 II R 213/84, Bundessteuerblatt – BStBl – II 1987, 392) vorzulegen oder innerhalb einer vom Gericht zu bestimmenden Frist nachzureichen (§62 Abs. 3 Sätze 1 und 2 FGO). Geschieht dies nicht, so sind Prozeßhandlungen des als Bevollmächtigter Aufgetretenen unwirksam; die Klage ist unzulässig.

Gemäß Art. 3 §1 VGFGEntlG kann der Vorsitzende des Senats oder der von ihm nach §79 FGO bestimmte Richter zur Nachreichung der Prozeßvollmacht eine Frist mit (die Vollmachtsvorlage) ausschließender Wirkung setzen. Wird – wie hier – eine schriftliche Prozeßvollmacht auch innerhalb dieser Frist nicht, bzw. nicht im Original und für das anhängige Verfahren, vorgelegt, kann der prozessuale Mangel nicht mehr geheilt werden. Die Klage, die eine Klage des Vertretenen bleibt, für den der vollmachtlose Vertreter zu handeln vorgegeben hat, ist ohne Sachprüfung als unzulässig abzuweisen (BFH-Urteile vom 11.1.1980 VI R 11/79 und vom 21.2.1980 V R 71–72/79, BStBl II 1980, 229 und 457).

Da hier eine Vollmacht auch nach Ablauf der Frist nicht vorgelegt wurde, sind **die Kosten der Klage dem somit vollmachtlosen Vertreter aufzuerlegen**, der die Veranlassung zu der erfolglosen Prozeßführung gegeben hat (§135 Abs. 1 FGO; vgl. BFH-Beschl. v. 2.5.1969 III R 123/68, BStBl II 1969, 438). Diese Veranlassung ist auch nicht rückwirkend durch die Niederlegung des Mandats entfallen (BFH-Beschl. v. 11.7.1975 III R 124/74, BStBl II 1975, 714).

Anmerkung:

Grundsätzlich sind die Kosten des Verfahrens – hier DM 20.000 – dem angeblichen Kläger oder dem vollmachtlosen Vertreter aufzuerlegen. Es muß geprüft werden, wervon ihnen das vollmachtlose Auftreten veranlaßt hat.

§ 129 des Regierungsentwurfs zur FGO sah vor, daß Bevollmächtigten und Beiständen die durch ihr grobes Verschulden veranlaßten Kosten aufzuerlegen seien. Diese Vorschrift ist aber nicht Gesetz geworden.

Sowohl der Sachverhalt als auch die Entscheidungsgründe des Vorbescheides machen nicht hinreichend deutlich, ob der Steuerberater die Klageerhebung allein zu verantworten hatte oder ob sein Mandant sich – aus welchen Gründen auch immer – weigerte, die Vollmachtsurkunde zu unterschreiben. Es wird auch nicht deutlich, ob der Steuerberater überhaupt die Möglichkeit hatte, mit dem Mandanten Kontakt aufzunehmen. Zur Kostentragungspflicht bei Klageerhebung ohne Vollmacht: Tipke – Kruse, Finanzgerichtsordnung 12. Auflage 1985, § 62 Tz. 14.

Auskunftsvertrag

- Werkvertrag
- kurze Verjährung für Mangelfolgeschäden
(LG Köln Urt. v. 16.2.1989 – 2 U 203/88)

Leitsätze (d. Verf.):

Der Vertrag über die Erteilung einer bestimmten Auskunft ist ein Werkvertrag.

Folgeschäden, die mit dem Werkmangel eng zusammenhängen, verjähren in sechs Monaten.

Die Entscheidung, aufgrund fehlerhafter Auskunft vertragliche Beziehungen anzuknüpfen, stellt einen Mangelfolgeschaden dar, der eng mit dem Werkmangel verknüpft ist.

Aus den Gründen:

Der Klägerin steht gegen den Beklagten der verfolgte Schadenersatzanspruch nicht zu.

Dabei kann dahinstehen, ob der Beklagte der Klägerin aufgrund falscher Auskunfterteilung zum Schadenersatz verpflichtet wäre. Denn ein solcher Schadenersatzanspruch ist gemäß § 638 BGB jedenfalls verjährt.

Bei dem zwischen den Parteien geschlossenen Vertrag, der auf die **Erteilung einer bestimmten Auskunft** und Information bezüglich eines Herrn O gerichtet war, handelt es sich um einen Werkvertrag (vgl. Palandt, Einführung vor § 631 Anm. 5, Urt. d. Kammer v. 14. 4. 1988 – 2 O 459/87 –).

Es gilt deshalb die 6-monatige Verjährungsfrist des § 638 BGB. Denn bei dem Schadenersatzanspruch der Klägerin handelt es sich um einen solchen nach § 635 BGB, nicht um einen solchen aus positiver Vertragsverletzung, der erst in 30 Jahren verjährt. Der von der Klägerin geltend gemachte Schaden stellt sich zwar als sogenannter Mangelfolgeschaden dar, der grundsätzlich nicht unter den Schadenbegriff des § 635 BGB fällt. Im Interesse einer zweckgerechten Anwendung des § 638 BGB sind aber gewisse Mangelfolgeschäden in den Geltungsbereich des § 635 BGB einzubeziehen, wenn der Folgeschaden mit dem Werkmangel eng zusammenhängt. Nur bei entfernteren Folgeschäden haftet der Unternehmer wegen positiver Vertragsverletzung (vgl. Urte.d.Kammer a.a.O. m.w.N.).

Ein solcher enger Zusammenhang zwischen Werkmangel – unrichtige Auskunft – und Mangelfolgeschaden – Vermögensschaden der Klägerin – ist vorliegend gegeben. Fehler bei der Erteilung einer Auskunft über einen Dritten, die eine entscheidende Grundlage für den Entschluß des Vertragspartners, mit dem Dritten in vertragliche Beziehungen zu treten, schaffen soll, entfalten ihre eigentliche Wirkung als Mangelfolgeschäden, sie realisieren sich als Vermögensschäden. Damit ist der enge Zusammenhang zwischen Werkmangel und Mangelfolgeschaden geknüpft (vgl. Kammer-Urteil wie oben).

Haftung des Treuhänders

– Vertragsgemäße Bauwerkerstellung
(LG Arnsberg Urte.v. 6.1.1989 – 1 O 207/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Ergibt der Bauplan, daß das Bauvorhaben nicht unterkellert werden soll, kann aus der Zuteilung eines Abstellraumes auf dem Dachboden keine Vertragsverletzung des Treuhänders hergeleitet werden.
2. Mängel des Bauwerk fallen in den Verantwortungsbereich des Baubetreibers bzw. des von ihm zu beauftragenden Generalunternehmers, nicht aber in den des Treuhänders.

Aus den Gründen:

Aus der Zuteilung eines Abstellraums auf dem Dachboden anstelle des in der Raumberechnung für die Wohnung angesetzten „Keller 2“ kann der Kläger eine Vertragsverletzung der Beklagten nicht herleiten. Die Raum-

berechnung, auf die er abhebt, ist im Zusammenhang mit den weiteren Anlagen des Vertrages, konkret den Bauplänen, zu sehen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß das Bauvorhaben nicht unterkellert werden sollte und nur in der Dachspitze noch wohnungsfreien Raum hatte. Da die Raumberechnung in Verbindung mit den Plänen außerdem deutlich ergibt, daß für einen Teil der Wohnungen, u. a. der des Klägers, Abstellmöglichkeit außerhalb der Wohnungen vorgesehen war und es im übrigen aber allgemeine Übung ist – bei Eigentumswohnungsanlagen durch entsprechende Separierung und Zuteilung – Dachspitzen für Abstellzwecke zu nutzen, konnte und mußte der Kläger als sorgfältiger Erklärungsempfänger die Beklagte so verstehen, daß seiner Wohnung auf dem Dachboden des Objektes eine Abstellmöglichkeit zugewiesen werden würde. Das ist – damit vertragsgemäß – geschehen.

Das Fehlen der gerügten Gemeinschaftseinrichtungen hat die Beklagte im Verhältnis zum Kläger nicht zu vertreten. Für die Erstellung dieser Dinge zu sorgen, war nach dem Treuhandvertrag nicht ihre Sache. Die Erstellung dieser Dinge gehörte zur Ausführung des Bauvorhabens und fiel damit in den **Verantwortungsbereich des Baubetreuers** bzw. des von ihm zu beauftragenden Generalunternehmers. Der Beklagten oblag es nur, den Vertrag der Bauherren mit dem Baubetreuer im Namen der Bauherren abzuschließen und dabei darauf zu achten, daß sie einen zuverlässigen und fachlich qualifizierten Baubetreuer auswählte. Dafür, daß das nicht geschehen ist, fehlt Vortrag und Anhalt. Gegenteiliges ergibt sich insbesondere noch nicht aus einer evtl. Berechtigung der Beanstandungen.

GI Hinweis

In 2. Auflage wird der umfassende Kommentar zur StBGebV Eckert/Böttcher vorgelegt (Verlag C. H. Beck, 1989, 957 Seiten, DM 178,-).

Der Kommentar zeichnet sich durch seine übergreifenden Darstellungen zum Gebührenrecht der BRAGO und zum steuerlichen Kostenrecht aus. Die Kommentierung wird abgerundet durch ein neues Kapitel zum Gebührenrecht für „Vereinbare Tätigkeiten“. 30 zulässige Berufstätigkeiten des Steuerberaters werden erläutert. Die Praktikabilität des Kommentars wird durch zahlreiche Schaubilder und Musterrechnungen und Antragsformulare unterstrichen. Die Kommentierung von Eckert/Böttcher hilft, Streit mit dem Mandanten über Gebührenfragen zu vermeiden.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–5, 1989)

Abfindungsvergleich		Kosten d. FG-Prozesses	
– Anwaltskosten	89, 2	– Kostenpflicht d. StB.	89, 87
Anderkonto		Mandantengelder	
– des Notars	89, 50	– Anderkonto des Notars	89, 50
	(LS)	– Verrechnung mit Gebührenforderung	89, 72
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89, 72	Mitverschulden	
	(LS)	– Risiken bei Kapitalbeteiligung	89, 50, 73
Anlageberatung			(LS)
– Immobilienkauf 1980	89, 73	– überlegene Sachkunde d. StB.	89, 73
– Liquiditätsbelastung	89, 73	Notar	
– Pflicht zur –	89, 73	– Anderkonto	89, 50
– Prognosen	89, 36		(LS)
	(LS)	– Darlehensauszahlung ohne erstrangige	89, 50
– Risiken		Grundschild	(LS)
= projizierte Steuervorteile	89, 36	Prospekthaftung	
	(LS)	– d. Treuhänders	89, 62
– Risikobeurteilung d. Anlegers	89, 50	– Verjährungsbeginn	89, 2
	(LS)	Rechtsbeistand	
– Schaden	89, 36, 73	– Sozietät mit Anwaltsnotar	89, 72
Auskunftsvertrag		Sachwalterhaftung	89, 3
– stillschweigender Abschluß	89, 42	Schaden	
– Verjährung	89, 89	– Anlageberatung	89, 36
– Werkvertrag	89, 89		(LS)
Bekanntgabe d. Steuerbescheides		– Anwaltskosten b. Abfindungsvergleich	89, 2
– an Mandanten oder StB	89, 22	– Geldbuße/-strafe	89, 17
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA		– erstrangige Grundschild	89, 50
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	89, 12		(LS)
= eigene Sachkunde, Zahnarzt		– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	89, 79
= eigene Sachkunde, Geschäftsmann	89, 25	Sozietät	
Berichtigung (§173 I, 2 AO)		– Anwaltsnotar u. Rechtsbeistand	89, 72
– grobes Verschulden		Steuerberatungsgesetz	
= Überprüfung der Arbeitsergebnisse	88, 22	– § 57	
Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO		= Wirtschaftsberatung,	
– Buchhaltungsunterlagen	89, 2, 36	Anlagenempfehlung	89, 6
Beweislast, s. auch Darlegungslast		Steuerberatungsvertrag	
– Belehrungspflicht	89, 28	– Inhalt des –	89, 73
– Buchungsfehler	89, 30	– Löschung von Buchhaltungsdaten	89, 39
Bilanzerstellung		– Pflicht zur allgemeinen Rechtsberatung?	89, 25
– Grundstücksbewertung, Information		Steuergestaltungsberatung	
d. Mandanten	89, 2	– wegen Änderung der Steuerrichtlinien	89, 23
Buchhaltungsauftrag		– Beratung zu gesetzeswidriger Praxis	89, 23
– Löschung von Buchhaltungsdaten	89, 36	– unentgeltliches Wohnrecht	89, 23
	(LS)	Steuerverkürzung, § 378 AO	
Darlegungslast f. Regreßanspruch,		– durch Steuerberater	89, 46
s. auch Beweislast		Treuhänder	
– Buchungsfehler	89, 30	– Anderkonto des Notars	89, 50
DATEV-Daten			(LS)
– Übertragung auf Kollegen	89, 39	– Bauherrngemeinschaft, zustande gekommene	89, 50
– Vernichtung von –	89, 39		(LS)
Dritthaftung		– Belehrung über steuerl. Risiken	89, 50
– Anwaltsvertrag	89, 3		(LS)
– Sachwalterhaftung	89, 3	= Wissensvorsprung d. TH	89, 50
Freie Mitarbeiter			(LS)
– Abgrenzung Arbeitnehmer	89, 72	– Honoraranspruch d. –	
Honoraranspruch		= bei Minderwohnfläche	89, 62
– bei Anschlußkonkurs	89, 33	– Planungsänderung	89, 64, 90
– Beweislast f. Gebührenrahmen	89, 34	– Prospekthaftung d. –	89, 62
– Datenübertragung, § 32 StBGebV	89, 41	– Prüfung bautechnischer Fragen	89, 62, 90
– Gegenstandswert		– Schaden	89, 50
= Anerkennungsverfahren f.			(LS)
StB-Gesellschaft	89, 34	– Versicherungsschutz	89, 51
– Honorarvorschuß, Rückzahlung	89, 34	Verjährung, § 12 VVG	
– ordnungsgemäße Honorarrechnung,		– Beginn	89, 51
Unterschrift	89, 34	– Verjährungshemmung, § 12 II	89, 51

Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)

- Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift (Sekundäranspruch) 89, 73, 82
- = Anlaß zur Prüfung u. Belehrung 89, 73, 82
- = Beginn d. Belehrungspflicht
- = keine Belehrungspflicht
 - Kenntnis d. Fehlers 89, 5
 - Unkenntnis über Verjährungsvorschrift 89, 5
- = Mandatsende 89, 82
- = Beweislast für – 89, 28
- Verjährungsbeginn 89, 14
 - = Ablauf d. Festsetzungsverjährung
 - = Betriebsprüfung
 - allgemein 89, 14, 44
 - = Folgeschäden 89, 45, 82
 - = Kapitalanlage 89, 5
 - = Konkurs 89, 45
 - = Verlust der 7 b-AfA 89, 28
 - = Zahlung d. Steuer 89, 14

Verjährung, Schadenersatzanspruch

(§ 51 a WPO)

- Steuerberatung d. „Nur-Wirtschaftsprüfer“ 89, 28

Verjährung (§ 638 BGB)

- Mangelfolgeschaden 89, 89

Versicherungsschutz

- Anerkenntnisverbot 89, 50 (LS)
- Anzeigepflichtverletzung 89, 51
- Bindungswirkung d. Haftpflichturteils 89, 2, 51
- wissentl. Pflichtverletzung
 - = Zahlung vor Fälligkeit 89, 51
- Relevanzrechtsprechung 89, 53
- Treuhandtätigkeit 89, 51
- Verjährung, § 12 VVG 89, 51

Vollmacht

- Handeln ohne – 89, 87

Vorteilsausgleich

- Anlageberatung 89, 36 (LS)

Wirtschaftsprüfer

- Befangenheit, § 319 HGB 88, 22
- Verdacht d. Vermögensverfalls 89, 72

Zurückbehaltungsrecht

- an Arbeitsergebnissen 89, 37
- an Hauptabschlußübersicht und Umbuchungsliste 89, 37
- Konkurs des Mandanten 89, 37

Zustellung

- an StB oder Mandanten 88, 22

BGH v. 19.3.1987 – IX ZR 166/86 89, 50 (LS)

BGH v. 10.8.1987 – NotZ 4/87 89, 72
= NJW 1988, 208

BGH v. 28.1.1988 – IX ZR 102/87 89, 33
= WM 1988, 472

BGH v. 3.2.1988 – IVa ZR 196/86 89, 34

BGH v. 11.7.1988 – II ZR 232/87 89, 3

= BB 1988, 1992

= NJW 1989, 293

= WuB IV A § 276 BGB 1.88 Huff

= ZIP 191, 1581

BGH v. 27.9.1988 – IX ZR 4/88 89, 36 (LS)

= EWIR § 676 BGB 2/88, 11, 91 (Medicus)

= ZIP 1988, 1464

= WM 1988, 1685

= NJW-RR 1989, 150

BGH v. 20.10.1988 – VII ZR 219/87 89, 50 (LS)

= ZIP 1988, 1573

BGH v. 25.10.1988 – XI ZR 3/88 89, 37

= WM 1988, 1755

= ZIP 1988, 1474

= BB 1988, 2428

= EWIR § 67 BGB 1/89, 33 Keller

BGH v. 20.12.1988 – IX ZR 88/88 89, 72

BGH v. 26.1.1989 – XI ZR 81/88 89, 79

BGH v. 14.2.1989 – XI ZR 14/88 89, 73

BayOLG Beschl. v. 17.9.1987

- BReg. 3 Z 76/87 89, 22

= AG 1988, 18

OLG Celle v. 12.10.1988 – 3 U 278/87 89, 39

OLG Düsseldorf v. 26.5.1987 – 21 U 259/86 89, 42

OLG Düsseldorf v. 27.9.1988 – 4 U 245/87 89, 51

OLG Düsseldorf v. 28.11.1988 – 18 W 62/88 89, 44

OLG Düsseldorf v. 16.2.1989 – 18 U 228/88 rkr. 89, 82

OLG Frankfurt v. 2.2.1988 – 14 U 132/86 89, 34

= NJW 1988, 2807

OLG Köln v. 19.9.1988 – 8 U 13/88 89, 5

OLG Köln v. 20.9.1988 – 15 U 67/86 89, 62

OLG Oldenburg v. 4.11.1988 – 6 U 154/88 89, 23

OLG Stuttgart v. 13.12.1988 – 12 U 30/88 89, 50 (LS)

LG Aachen v. 2.9.1987 – 4 O 167/87 89, 34

= StB 1988, 389

LG Amsberg v. 6.1.1989 – 1 O 207/88 89, 90

LG Darmstadt v. 8.1.1987 – 10 O 245/86 89, 2

LG Detmold v. 12.12.1987 – 1 O 268/87 89, 25

LG Dortmund v. 17.12.1987 – 2 O 60/87 89, 2

LG Heidelberg v. 21.9.1988 – 3 O 65/88 89, 14

LG Hildesheim v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88 89, 2

= wistra 1988, 327

LG Kiel v. 24.10.1988 – 11 O 302/88 89, 30

LG Köln v. 25.6.1987 – 24 O 154/87 89, 2

LG Köln v. 16.2.1989 – 2 U 203/88 89, 89

LG München I v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84 89, 2, 36

LG München I v. 22.4.1988 – 19 Qs 3/88 89, 36 (LS)

= wistra 1988, 326

LG Regensburg v. 27.5.1988 – 6 O 566/88 89, 50 (LS)

DSR 1988, 753

LG Wuppertal v. 9.2.1988 – 5 O 352/87 89, 35

AG Euskirchen v. 20.8.1987 – 4 C 227/87 89, 17

BFH v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83 89, 22

= STEUER-TELEX 0824

= LEXinform 0081194

BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86 89, 22

= BStBl 88 II, 109

BFH v. 4.6.1986 – VII E 1/86 89, 34

= BFH NV 1988, 47

FG Baden-Württemberg v. 22.1.1988 – 89, 46

IX K 237/84

= EFG 1988, 546

FG München Vorbesch. v. 4.8.1989 – 89, 87

VI 225/86 E, nicht rkr.

LAG Köln Ur. v. 23.3.1988 – 7 Sa 1378/87 89, 72

= StB 1989, 45

VerwG München Ur. v. 8.11.1988 – M 16 K 88, 1266 89, 72

= MittBl. WPK Nr. 133/89

Erlaß Nordrhein-Westfalen v. 7.1.1988 89, 22

- S 0202-4-VC

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.